

FRIEDENSERKLÄRUNG 04

der Friedensinitiative der STADT LINZ

Globale Unsicherheit durch den „Krieg gegen den Terror“

Die Politik der Weltmächte wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch den sogenannten Krieg gegen den Terror geprägt. Schon in den wenigen Jahren seit dem 11. September 2001 zeichnet sich eine dramatisch veränderte Situation ab: Im Irak, in Tschetschenien und nach wie vor in Afghanistan dreht sich die Spirale von Gewalt und Gegengewalt unentwegt; kriegerische Aggression wird gerechtfertigt; individuelle Ängste werden geschürt und beides wird mit dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit vor Terror entschuldigt.

Der Alltag im „Nachkriegs-Irak“ ist zum permanenten Kleinkrieg zwischen sogenannten OrdnungshüterInnen und sogenannten TerroristInnen geworden, zu denen man mit gleichem Recht Andreas Hofer, die Partisanen Titos oder israelische FreiheitskämpferInnen aus der Gründungszeit des Staates Israel zu zählen hätte. Im Irak hat eindeutig der Angriff der USA und ihrer Verbündeten den transnationalen Terrorismus auf den Plan gerufen und nicht umgekehrt.

Weder in Afghanistan noch im Irak hat der Einsatz von Gewalt bislang für den Großteil der Bevölkerung zu Lebensverhältnissen geführt, die im polizeilichen wie im ökonomischen Sinne als einigermaßen sicher gelten können, von Rechtssicherheit oder gar Gerechtigkeit ganz zu schweigen. Und ähnlich wie im Kosovo ist damit auch in den nächsten 10 Jahren kaum zu rechnen.

Das hinter uns liegende Jahr hat darüber hinaus mit dem Skandal des Gefängnisses Abu Ghraib sichtbar gemacht, wozu Menschen, wenn sie von ihrer Mission „für das Gute“ allzu stark überzeugt sind, fähig werden. Das gilt, so haben die US-amerikanischen Untersuchungen gezeigt, für die ganze Befehlskette, nicht nur für die Diensthabenden an ihrem unteren Ende. Es wird Jahrzehnte brauchen, bis der Schaden, der dadurch dem Ansehen nicht nur der USA, sondern der Demokratie und der Menschenrechtserklärung zugefügt wurde, überwunden ist. Der Anspruch, der Welt Demokratie und Menschenrechte zu bringen, wirkt vor diesem Hintergrund hohl und selbstgerecht.

Chancen für mehr Frieden und Gerechtigkeit?

In Venezuela stellt die mehrfach demokratisch legitimierte Politik unter Präsident Chávez einen Lichtblick für die ganze Region dar: dass es gelingen kann, den (Öl-)Reichtum eines Landes für die soziale Grundversorgung aller Menschen zu nützen.

Es ist zu hoffen, dass die US-Regierung Bush II nach dem Tod des Präsidenten Arafat ihren Friedenswillen nicht nur auf Lippenbekenntnisse beschränkt. Demokratische Wahlen in Palästina sind nur möglich, wenn die USA der israelischen Regierung den Entzug ihrer ökonomischen und militärischen Unterstützung androhen für den Fall, dass sie ihre Durchführung mit den vielfältigen Mitteln einer Besatzungsmacht zur Farce machen sollte.

Friede ist im Sinne der Genfer Initiative ohnehin nur möglich, wenn Israel bereit ist, die Besetzung auch des Westjordanlandes sowie von Ost-Jerusalem zu beenden und einer gerechten Verteilung der Ressourcen der Region (Wasser etc.) zuzustimmen. So könnte der angekündigte Abzug aus dem Gaza-Streifen doch noch zum Hoffnungsschimmer werden (sofern es in Israel darüber nicht zum Bürgerkrieg kommt).

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass der Internationale Gerichtshof die Einstellung des Mauerbaus durch besetztes palästinensisches Gebiet verlangt. Es liegt, so meinen wir, im langfristigen Überlebensinteresse Israels, das uns wichtig ist, sich den Weisungen der Einrichtungen zu unterwerfen, die sich die internationale Gemeinschaft geschaffen hat - wie andere zivilisierte Staaten auch.

„Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“

Die öffentliche Meinung wird immer mehr ein Konzentrat aus Medienöffentlichkeiten. Teil- und Falschinformationen der globalen Berichterstattung spiegeln sich im gesellschaftlichen Bewusstsein wider und tragen dazu bei, dass Konflikte entweder nicht oder verzerrt, sogar verschärft wahrgenommen werden.

Besonders deutlich wird das am Beispiel Afrika, über das wir so wenig in unseren Medien erfahren: Regionen, die weltwirtschaftlich kaum von Bedeutung sind, werden aus der medial konstruierten Realität einfach ausgeblendet. Umgekehrt gilt, dass nicht alles, was gezeigt oder zu Gehör gebracht wird, der ganzen Wirklichkeit entspricht. Angesichts dieser Tendenzen bitten wir insbesondere die Geschichts-, Ethik- und DeutschlehrerInnen aller Schultypen sowie die HochschullehrerInnen, verstärkte Aufmerksamkeit auf die Bildung von Kritikfähigkeit zu richten.

Auch an die MitarbeiterInnen der öffentlich-rechtlichen Medien appellieren wir, ihre Verantwortung als MultiplikatorInnen und MeinungsbildnerInnen noch stärker als bisher wahrzunehmen. Es müssen aber auch Strukturen geschaffen und unterstützt werden, die transparente, vielfältige und friedensfördernde Medien ermöglichen.

Die Entflechtung der Medienkonzentration ist ebenso notwendig, wie die Unterstützung demokratiepolitisch wichtiger zivilgesellschaftlicher Medienprojekte.

EU-Verfassung – Frieden?

Die Einigung Europas hat nur Sinn, wenn damit Frieden und zivile Konfliktlösung verbunden sind. Das Projekt Europa sollte von Anfang an den Krieg zwischen den Staaten und Völkern dieses Erdteils ein für allemal unmöglich machen. Es ist nur konsequent, wenn dieser Friedensauftrag auch auf die Außenbeziehungen der EU übertragen wird.

Spätestens im Entwurf der EU-Verfassung ist aber ein Spannungsfeld sichtbar geworden: zwischen dem Friedensauftrag einerseits und der Versuchung, in Großmachtmanier hauptsächlich auf die militärische Karte zu setzen (Schaffung einer „schnellen Eingreiftruppe“ mit weltweitem Radius auch ohne UN-Auftrag) andererseits.

Eine Bestimmung, die vorschreibt, mit gleichem Aufwand die Instrumente einer nicht-militärischen, konstruktiven Konfliktbearbeitung zu stärken, sucht man in dem Verfassungsentwurf dagegen vergebens. Stattdessen enthält der Entwurf erstmals in der Geschichte der europäischen Verfassungen ein ausdrückliches Aufrüstungsgebot.

Das von der Friedensinitiative der Stadt Linz im November 2004 veranstaltete Symposium „EU-Verfassung – Frieden?“ galt diesem Spannungsfeld.

Außer Frage steht, dass eine öffentliche Debatte zum Verfassungsentwurf in den europäischen Ländern vorangetrieben und Einfluss darauf genommen werden sollte.

Auch in Österreich sollte eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung durchgeführt werden. Die EU-Verfassung sollte nicht nur den Status der neutralen Staaten gewährleisten, sondern den Stellenwert der Neutralität für aktive Friedenspolitik und konstruktive Konfliktbearbeitung ausdrücklich anerkennen. Die österreichische Neutralität muss erhalten und wieder zu einem vorbildlichen Instrument vorbeugender ziviler Konfliktlösung werden

Migration als Chance und nicht als Bedrohung begreifen

Nicht erst seit den Terroranschlägen in New York, Madrid und Beslan steht für Teile der Öffentlichkeit der Islam unter Generalverdacht, was auch in Europa zu einer verstärkten Intoleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen führt. Innerhalb der Grenzen der Europäischen Union leben heute bereits mehr als zehn Millionen Menschen mit islamischen Wurzeln. Die Europäische Politik ist daher gefordert, einen kulturellen und wirtschaftlichen Integrationsprozess zu fördern, in dem Zugewanderte wie auch Einheimische sich gleichermaßen aufeinander zu bewegen.

Die Stadt Linz bekennt sich dazu, dass die Anwesenheit von MigrantInnen aus verschiedenen Kulturen und mit verschiedenen Religionen eine Bereicherung für unsere Stadt ist. Die Existenzsicherung von Flüchtlingen ist essentiell.

Wir können es uns leisten, für Menschen, die oft nur ihr nacktes Leben retten konnten, menschenwürdige Lebensbedingungen und positive Zukunftsperspektiven sicher zu stellen. Eine weitere Verschärfung der Asylgesetze und die Einrichtung von Flüchtlingslagern vor den Toren Europas widersprechen den ethischen Fundamenten unserer Gesellschaft.

Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt

Der Zusammenhang von Frieden und sozialer Sicherheit ist offensichtlich. Nur wenn alle Menschen gleiche Lebenschancen haben, kann ein friedliches Zusammenleben auf Dauer sichergestellt werden. Darum schafft die Stadt Linz wirtschaftliche und soziale Strukturen, die ein friedvolles Zusammenleben ermöglichen.

Im kommenden Jahr begeht Österreich umfassende Feierlichkeiten anlässlich der Jubiläen „60 Jahre Zweite Republik“ und „50 Jahre Staatsvertrag“. Die Friedensstadt Linz wird dabei auch Aufmerksamkeit auf „60 Jahre Frieden“ in Zentraleuropa lenken und das Bewusstsein bei den jüngeren Generationen für friedensfördernde Faktoren und Maßnahmen festigen.

Eine solche Maßnahme wäre die Verwirklichung des Vorschlags für eine UN-Kommission für Frieden und Krisenprävention, abgekürzt UNCOPAC. Er ist aus dem „Linzer Appell für Friedenspolitik“ hervorgegangen.

Die Friedensinitiative der Stadt Linz bittet die GemeinderätInnen, diesem Vorschlag – wie der Großteil der nach den letzten Wahlen ausgeschiedenen GemeinderätInnen – mit ihrer Unterschrift Gewicht zu verleihen.

Text und Unterschriftenlisten liegen auf.

VerfasserInnen:
Mitglieder der Friedensinitiative der Stadt Linz
www.friedensstadtlinz.at

